„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

„Bedeutsame Ereignisse für Canada."

Wer diese Ueberschrift liest, denkt wohl zunächst an Ereignisse, die Canadas Schicksal unmittelbar berühren und beeinflussen könnten. Doch die „bedeutsamen Ereignisse für Canada" entwickeln sich nach der Meinung der „Winnipeg Free Preß", des führenden englischen westcanadischen Organs, auf einem entfernter gelegenen Gebiete, in Deutschland, in Preußen und Frankreich. Mit Scharfsinn und Weitblick erkennt der canadische Artikelschreiber, daß die Wirtschaftsdepression der Gegenwart ihre letzte und tiefste Ursache im politischen Wirrwarr Europas und dieser wieder seinen letzten Grund in der falschen Weltpolitik seit dem Versailler Vertrag hat. Darum mißt die „Winnipeg Free Preß" den deutschen und französischen Wahlen so überragende Bedeutung bei. Der Artikel *"Important events for Canada"* erschien am 9. April, also am Tage vor dem zweiten Wahlgang der deutschen Reichspräsidentenwahl. Einleitend heißt es:

„In nächster Zukunft spielen sich einige Ereignisse ab, die für Canada von sehr großer Wichtigkeit sind. Das eine Ereignis kommt morgen (10. April), wenn das deutsche Volk zum zweiten Male seine Stimme in der deutschen Präsidentenwahl abgibt. Wie grotesk hätte es sich vor 14 Jahren ausgenommen, wenn damals jemand prophezeit hätte, daß einmal die Zeit kommen werde,

da es für uns und die ganze zivilisierte Welt von lebenswichtiger Bedeutung ist, daß das deutsche Volk Hindenburg zum Reichspräsidenten wählt!

Doch die Zeit ist da. Der alte Feldmarschall, der jetzt in seinem 85. Lebensjahre steht, trägt bei der morgigen Wahl die Hoffnungen und Wünsche all jener in allen Nationen, die begreifen, wie kritisch die Weltlage ist, und mit welch knapper Not sie im besten Falle noch gerettet werden kann."

Als „das nächste bedeutsame Datum für Canada" bezeichnet die „Winnipeg Free Preß" den 24. April, den Tag der preußischen Landtagswahlen. „Was gehen uns in Canada die Wahlen in Preußen an? Fürwahr, sehr viel," erklärt das Winnipeger Blatt, das die Meinung vertritt, im Falle eines Sieges der Hitlerbewegung in Preußen bestehe die Möglichkeit eines Bürgerkrieges in Deutschland. „Revolution und Bürgerkrieg in Deutschland," bemerkt der Canadier, „würden die letzten Hoffnungen auf eine Beseitigung der Schwierigkeiten der Welt im Laufe unserer Generation zunichte machen".

Dann geht die „Winnipeg Free Preß" zu den französischen Wahlen, die auf Anfang Mai festgesetzt sind, über. „Selbst wenn sich Deutschland für eine Politik des Friedens, der Verständigung und einer gangbaren Lösung der Weltprobleme entscheide, könne die Welt noch nicht auf Stabilität hoffen, falls die französischen Wahlen nicht eine beträchtliche Linksbewegung ergeben. Die Stabilisierung Europas und die wirkliche Befriedung der Welt müßten an die Stelle

„des nur schwach verschleierten Krieges treten, der seit dem Frieden von Versailles im Gange ist".

Die Fortsetzung der Poincare-Tardieu-Politik müsse unvermeidlich zu Chaos und Revolution in Deutschland und Mitteleuropa und zur Katastrophe der ganzen Welt führen.

„Canada wird von diesen Ereignissen im guten oder schlimmen Sinne mehr berührt als von allem, das wir selbst unternehmen können. Die Erkenntnis, daß wir ein Teil der Welt sind und uns nicht durch eigene Tat den Folgen unseres engen Verbundenseins mit den anderen Völkern entziehen können, wird der canadischen Bevölkerung zum Bewußtsein gebracht durch Lehren, die so bitter sind, daß sie nicht übersehen oder späterhin vergessen werden können. **Daher sollten die Canadier über ihre eigenen Grenzen hinausblicken und mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme den bevorstehenden Gang der Ereignisse in Europa verfolgen"**, schließt die „Winnipeg Free Preß".

Damit ist auch die vom „Courier" schon seit Jahren vertretene Auffassung gerechtfertigt, daß nämlich Canadas politische und wirtschaftliche Entwicklung in weitgehendem Maße von dem Schicksal Europas abhängig ist. Daraus ergibt sich aber mit fast zwingender Logik, daß an eine Erholung des canadischen Wirtschaftslebens nicht zu denken ist, solange noch das Damoklesschwert des Versailler Friedensdiktates über Deutschland, dem Herzen Europas, hängt und sein Leben bedroht, solange man noch Kriegstribute aus dem bereits blutleeren deutschen Wirtschaftskörper herauszupressen sucht, solange man den Lebensraum des deutschen Volkes durch die unsinnige Grenzziehung von Versailles, durch den sogenannten polnischen Korridor, durch den nicht wieder gutgemachten Diebstahl der deutschen Kolonien usw. einengen möchte. Mancher Deutsch-Canadier fragte vielleicht vor Jahren, als wir bereits im „Courier" auf derartige unhaltbare Zustände hinwiesen: „Was geht das uns in Canada an?" Als die Weizenpreise noch hoch waren, als unsere canadischen Landwirtschaftsprodukte auf allen Märkten leichten Absatz fanden, als wir das Elend der Arbeitslosigkeit noch nicht am eigenen Leibe erfahren hatten —da gingen wohl viele unserer Freunde gleichgültig und teilnahmslos am Freiheitskampf des deutschen Volkes vorbei, obwohl es von Anfang an ein Kampf um die Befreiung der Welt von unerträglichen politischen Fesseln war, deren Druck wir heute selbst in Canada stärker als je empfinden.

Es dürfte sich empfehlen, heute nochmal die Resolution des zweiten Deutschen Tages für Saskatchewan (20. und 21. Juni 1931) nachzulesen, wie sie im „Courier" vom 24. Juni 1931 erschienen ist. Dort hieß es u.a.: „Mehr und mehr setzt sich auch hierzulande die Erkenntnis durch, daß die Störung im Gleichgewicht der Weltwirtschaft auf gewisse unhaltbare Zustände in Europa zurückzuführen ist". „Die sogenannten Friedensverträge bewirkten nicht eine friedliche Beendigung des Weltkrieges, sondern nur dessen Fortsetzung in Gestalt eines vernichtenden Wirtschaftskrieges." In der Resolution wurde schließlich die canadische Regierung ersucht, „durch ihre Vertreter im Völkerbund und durch ihre auswärtigen Vertreter auf eine Revision der Friedensverträge mit allem Nachdruck hinwirken zu wollen". —Hier liegt das Kernproblem der Weltdepression, was auch der Großrat der italienischen Faschisten vor wenigen Tagen betont hat, da nach seiner Ueberzeugung die Ursache der Depression mehr politisch und moralisch als wirtschaftlich ist.

„Deutschland geht es nicht schlecht."

Der französische Senator Abel Gardey, ein Anhänger Herriots, bemerkt in seinem Bericht über den Haushaltplan für das Jahr 1932:

„Es wird Sache der Lausanner Konferenz sein im Zuge die Maßnahmen zu treffen, die für die unmittelbare Zukunft in der Reparationsfrage nötig sind. Diese Lösung kann jedoch nur vorläufiger Natur sein wie die jetzige Finanzlage Deutschlands und der Welt. Es verhält sich doch, wie am 11. Februar der ehemalige britische Schatzkanzler Winston Churchill in London verkündete, daß Deutschland sicherlich eines Tages in der Lage sein wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das war auch die Auffassung der Basler Sachverständigen. Deutschland ist in der Tat ein Land, dessen Krise die Ausfuhrkraft verhältnismäßig verschont hat. 12 Milliarden Mark Ausfuhr im Jahre 1930, 9,600 Millionen Mark im Jahre 1931, während die Einfuhr von 10,400 Millionen Mark auf 6,630 Millionen Mark zurückging! Für das Jahr 1931 belief sich der Ausfuhrüberschuß also annähernd auf 3 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaftslage ist also durchaus nicht verzweifelt. Wir können auf der andere Seite eine gewisse Hoffnung auf Besserung aus den Verständigungen zwischen den Erzeugern ziehen, die im Laufe dieser letzten Monate diesseits und jenseits der Grenze abgeschlossen wurden. Sie beweisen, daß Frankreich und Deutschland auch einander ergänzende Interessen haben."

Es ist ein sonderbares Verfahren, die deutsche Wirtschaftslage als gut zu kennzeichnen, wenn bei sinkender Ausfuhr und gleichzeitiger noch mehr sinkender deutscher Kaufkraft ein Ausfuhrüberschuß festgestellt wird, der sich in der Hauptsache nur aus der Verarmung Deutschlands herleitet. Es ist ebenso eigentümlich, Hoffnungen auf die etwas erzwungene „Verständigung", zwischen den Erzeugern zu setzen, eine Verständigung, die sich in einer Drosselung der deutschen Ausfuhr durch Kontingentierung kundtut. Der deutsche Botschafter hat neulich vor der Deutschen Handelskammer in Paris aufklärende Worte gesprochen, die auch in allen französischen Zeitungen veröffentlicht und stark beachtet wurden. Diese Aufklärung ist aber für die besonderen französischen Zwecke zu unbequem, als daß man sich gern an sie erinnern möchte.

England — Südafrika per Luft.

Der englische Luftdienst London — Kapstadt entwickelt sich langsam zu einer geradezu unterträglichen Tragikomödie, schreibt der „Deutsch-Afrikaner". Kein Kenner afrikanischer Verhältnisse wird die Schwierigkeiten unterschätzen, mit denen einen Luftdienst über eine derartige Riesenstrecke zu kämpfen hat. Das enthebt aber die Leiter der „Imperial Airways" nicht ihrer Verantwortung. Wenn die Strecke trotz der jahrelangen Vorbereitungen noch nicht genügend durchorganisiert ist, dann durfte man unter keinen Umständen den Luftverkehr amtlich eröffnen. Tatsächlich hat bisher keine Maschine ihre flugplanmäßige Zeit einhalten können. Eine nach der anderen verunglückte in Ostafrika. Die erste Maschine, die in Johannesburg eintraf, war einen vollen Tag zu spät, was zu einer schweren Kritik seitens des Bürgermeisters und anderer maßgebender Kreise führte. Das zweite Flugzeug, das nach Süden unterwegs war, verunglückte in Rhodesien, weil es, wie es heißt, auf dem Flugplatz in ein Loch geriet — eine Nachlässigkeit, für die es keine Entschuldigung gibt. Das erste Europa-gerichtete Flugzeug geriet bei einer Notlandung in Rhodesien in einen Sumpf, und die Post mußte auf Hilfsflugzeugen weitergeschafft werden. Die englische Presse, die an den Vorgängen scharfe Kritik geübt hat, wies darauf hin, daß es sich um Maschinen handelte, die bereits Jahre lang auf der indischen Strecke eingesetzt waren. Es sei unverantwortlich, auf dieser gefährlichen Strecke alte Maschinen zu verwenden. „Imperial Airways" behaupten demgegenüber, die Maschinen seien in vorzüglicher Verfassung. Sie teilen jedoch gleichzeitig mit, daß neue Flugzeuge bereits in Auftrag gegeben seien. Das Vertrauen ist jedenfalls in Südafrika ganz erheblich erschüttert. Wer würde auch ihren Flugzeugen eine wertvolle Ladung anvertrauen, wenn der an und für sich geringe Zeitgewinn gegenüber dem Postdampferverkehr durch fortgesetzte Unglücksfälle und Verspätung hinfällig gemacht wird!

Weltumschau

Brüning bleibt Reichskanzler Reichspräsident Paul von Hindenburg, der jetzt 85jährige deutsche Führer in Krieg und Frieden, begann am 11. April seine zweite Amtszeit als Oberhaupt des deutschen Reiches. In dem zweiten Wahlgange der Präsidentschaftswahl siegte der greise Feldmarschall mit 6,000,000 Stimmen Vorsprung vor seinem Hauptgegner, Adolf Hitler, dem Führer der Nationalsozialisten. Für seinen zweiten Amtstermin hat Hindenburg die Genugtuung, als Majoritätspräsident gewählt worden zu sein. Er erhielt 2,235,794 Stimmen mehr als seine beiden Gegenkandidaten zusammengenommen. Im Vergleich zum ersten Wahlgang am 13. März erhöhte er sein Votum von 49.6 auf 55.9 Prozent der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen

Die verhältnismäßig ruhig verlaufene Abstimmung forderte drei Todesopfer. Bei Zusammenstößen in Hamburg und Bremen wurden ein Nationalsozialist und ein Republikaner getötet. Ein anderer Mann brach vor Aufregung tot zusammen. Gegen 60 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, während die Polizei Hunderte von Verhaftungen vornahm.

Nachdem die Reichspräsidentenwahl nunmehr aus dem Wege ist, beginnen die politischen Parteien Deutschlands schon mit der Kampagne für neue Wahlen. Die Landtagswahl in Preußen ist bei weitem die wichtigste. „Wer Preußen hat, hat das Reich", ist ein altes politisches Schlagwort. Die Bevölkerung Preußens ist 38,000,000 gegen 24,000,000 der anderen 17 Gliedstaaten des Reiches zusammengenommen. Dazu umfaßt Preußen zwei Drittel des Reichsgebietes.

Seit sieben Jahren wird Preußen von einer Koalition regiert, das sich aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten (Staatspartei) zusammensetzt. Diesem Regime haben Adolf Hitler u. Dr. Albert Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen, Kampf bis zum Ende angesagt.

Im Einklang mit parlamentarischem Gebrauch reichte Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning dem Reichspräsidenten seine Resignation ein, wurde von Hindenburg jedoch ersucht und beauftragt, im Amte zu bleiben.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß, das Datum des Wiederzusammentritts des Reichstags erst in der nächsten Sitzung am 26. April definitiv festzusetzen. Ein Vertreter der Regierung erklärte, daß die Vorbereitung des Budgets und gewisse Verhandlungen mit dem Auslande noch nicht genügend fortgeschritten seien.

An das deutsche Volk. Der alte und neue Reichspräsident von Hindenburg erließ folgende Proklamation: „Mit Dankbarkeit für das mir von der Nation wieder bewiesene Vertrauen und mit dem feierlichen Gelübde, daß ich wie in der Vergangenheit auch in Zukunft dem Vaterlande und dem deutschen Volke mit all meiner Kraft dienen werde, nehme ich die Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Getreu meinem Eide, werde ich fortfahren, meines Amtes im Geiste von Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zu walten, mit festem Willen, dem Vaterlande zu helfen, Freiheit und Gleichheit nach außen und Einigkeit und Fortschritt im Innern zu erlangen.

„An alle deutschen Männer und Frauen aber, sowohl diese, die mich unterstützten, wie auch jene, die nicht für mich stimmten, richte ich diese Mahnung: Macht ein Ende mit der Uneinigkeit und schließt die Reihen! Wie bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren, fordere ich auch heute wieder das ganze deutsche Volk auf, mitzuhelfen. Zusammenfassung aller unserer Kräfte ist notwendig, um die Probleme und Schwierigkeiten unserer Zeit zu meistern. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, Herren unseres Schicksals zu sein.

„Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!"

Attentat auf Dr. Luther. Zwei Männer verübten auf dem Bahnsteig des Potsdamer Bahnhofs in Berlin ein Attentat auf den deutschen Reichsbankpräsidenten, Dr. Hans Luther. Es sind Dr. Max Roosen, ein gebürtiger Argentinier, der 58 Jahre alt ist, und der 34 Jahre alte Werner Kertscher, der in Thüringen geboren ist. Sie überreichten der Polizei ein von ihnen unterzeichnetes Geständnis, daß sie sich zu einem Mordattentat auf Dr. Hans Luther verschworen hatten.

Dr. Roosen gab als seinen letzten deutschen Wohnort Hamburg an, wo er vor Jahren seine Praxis als Rechtsanwalt ausgeübt hat. Mündlich hatten er und Kretscher der Polizei mitgeteilt, daß sie Gegner der Deflationspolitik der Reichsbank sind und eine „maßvolle Inflation" wünschten.

Dr. Luther trug bei dem Revolverattentat nur eine leichte Streifwunde am Unterarm davon und reiste getrost nach Basel zur Sitzung des Direktorenrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ab, als er sah, daß die Polizei die beiden Attentäter gefaßt hatte.

Nach einer Baseler Meldung ist der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther völlig wohlauf. Bevor er hier anlangte und Besprechungen in der Weltbank beiwohnte, gab er in Deutschland — in Lörrach in Baden — seine Stimme bei der Reichspräsidentenwahl ab.

Die Wunde, welche ihm der Attentäter Dr. Roosen beigebracht hat, bezeichnete er als schmerzlos. Er schilderte das Attentat und sagte, er habe nach dem Revolverschuß überhaupt nichts von einer Verwundung bemerkt, bis er seinen Reisemantel ausgezogen und seinen blutigen Rockärmel gesehen habe.

„Frankreich ist isoliert." Die französische Wahlkampagne brachte eine Rundfunkrede des Führers der Radikalsozialisten Edouard Herriot, der seinen Zuhörern erklärte, seine Partei sei die Einzige, die Frankreich auf den Pfad konstruktiven Friedens und wirtschaftlichen Aufbaus führen könne.

Die Kampagne für die Wahlen zur Deputiertenkammer am 1. Mai entwickelt sich zu einem direkten Kampfe zwischen Premier Tardieu, dem Führer der Regierungsgruppen, und Edouard Herriot.

Herriot erklärte, das französische Budget werde ein Defizit von 2 Milliarden Francs (ungefähr $80,000,000) aufweisen. Gleichzeitig sagte er für das Fiskaljahr 1933 einen Fehlbetrag von 6 bis 7 Milliarden Francs voraus. Er warf der Regierung vor, daß sie in verschwenderischer Weise den französischen Banken und fremden Ländern, wie der Tschechoslawakei, Millionen von Francs vorstreckte.

„Frankreich ist international isoliert," erklärte Herriot. „Trotz seiner Opfer und seiner Großzügigkeit wird es gehaßt, weil es vortäuscht, reich zu sein, während in Wirklichkeit die Stärke seines Schatzamtes untergraben ist."

Die Wahlkampagne ist jetzt in vollem Schwung. Allabendlich hört man zahlreiche Reden der verschiedenen Kandidaten. Premier Tardieu ist in seiner Kampagne insofern behindert, als seine Anwesenheit auf die Genfer Abrüstungs-Konferenz notwendig ist. Er benutzt jedoch jeden Aufenthalt in Paris zu aktiver Werbung und rechnet mit einer Majorität der Regierung in der neuen Kammer.

Am 8. Mai findet ein zweiter Wahlgang statt, um das Resultat in denjenigen Kreisen zu entscheiden, in denen der führende Kanditat beim ersten Wahlgange am 1. Mai keine absolute Majorität erlangt hat.

Der Kampf um die „Abrüstung". Der amerikanische Abrüstungsplan, der Abschaffung von Tanks, schweren beweglichen Geschützen und Gaskrieg vorsieht, wurde von dem französischen Premier Andre Tardieu in der Sitzung der Abrüstungskonferenz als nutzlos bezeichnet.

Der französische Angriff richtete sich gegen die Erklärung von Botschafter Hugh Gibson, der bei Unterbreitung des amerikanischen Planes den Standpunkt vertrat, daß der beste Weg zu nationaler Sicherheit die Abschaffung der modernen Angriffswaffen sei, durch deren Entwickelung Grenzbefestigungen und andere Kriegseinrichtungen zur Erhöhung der Sicherheit veraltet seien.

Tardieu erwiderte, daß die Abschaffung des einen oder anderen Waffentyps nutzlos sei. Ein solches Abkommen werde nicht notwendigerweise Sicherheit bringen, sondern könnte zu einem entschiedenen Nachteil für das angegriffene Land werden.

Der französische Ministerpräsident erklärte, nur durch gemeinsame Aktion gegen einen Angreiferstaat würde es möglich werden, Sicherheit zu erreichen. Seine Erklärung wurde als eine Wiederholung des französischen Vorschlages aufgefaßt, nach dem alle Nationen dem Völkerbunde Streitkräfte zur Verfügung stellen sollen, die von der Liga als eine Art internationaler Polizeitruppe verwendet werden könnten.

Ein anderer Einwand Tardieus gegen den amerikanischen Vorschlag ist, daß er zwar einige Angriffswaffen aufführe, nicht aber Schlachtschiffe, „die offensichtlich stärkste Angriffswaffe" erwähne. Er erklärte gleichzeitig, daß Nichtmitglieder der Liga nicht vergessen sollten, daß die Konferenz unter den Auspizien des Völkerbundes stattfinde.

Maxim Litwinow, der russische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, wiederholte den Sowjet-Vorschlag für allgemeine Abrüstung, der eine 50prozentige Reduzierung aller Armeen über 200,00 Mann vorsieht. Dies würde natürlich auch die Rote Armee Rußlands einbegreifen. Unter dem Sowjet-Plan sollen Armeen von 300,000 bis 200,000 Mann um 5 Prozent abgebaut, solche von weniger als 30,000 Mann jedoch nicht betroffen werden. Der Plan sieht ähnliche Verringerungen in den See- und Luftstreitkräften vor.

De Valera bleibt fest. Der irische Freistaatpräsident Eamon de Valera hat erneut ausdrücklich betont, daß sein Land entschieden auf dem Vorhaben bestehen werde, den Treueid an den König und die jährlichen Landzahlungen an England zu beseitigen. Aus den scharfen Worten des irischen republikanischen Führers gewannen die Zuhörer die Ueberzeugung, daß damit alle Gerüchte von einem Abschwächen der irischen Haltung in der neuerlichen Note der Freistaatregierung an Großbritannien erledigt seien.

Die Valera erklärte in seiner Ansprache: „Irland ist keine britische Kolonie, sondern eine der ältesten Nationen in der Welt mit allen Rechten einer nationalen Gemeinschaft. Britische Staatsmänner haben jetzt eine große Gelegenheit. Alles, was sie nötig haben, ist der Mut, gerecht zu sein und den wahnsinnigen Ehrgeiz einer Beherrschung des irischen Volkes aufzugeben. Jener Ehrgeiz ist der Fluch Englands und dieses Landes seit 750 Jahren und, soweit wie in Betracht kommen, gibt es kein Zurückweichen."

Im Weiteren wurde von de Valera ausgeführt, nicht ein Penny der jährlichen Landzahlungen, die den irischen Bauern zur Rückzahlung von Darlehen für den Ankauf ihrer Ländereien auferlegt seien, werde bezahlt werden, solange England seinen rechtlichen Anspruch darauf nicht nachweist. „Ich bin überzeugt, daß England dies niemals beweisen kann."

Neuer Kirchensturm in Rußland. Das Osterfest veranlaßte die Moskauer Regierung, einen neuen Sturm gegen die Kirchen zu beginnen. In Leningrad sind mehrere orthodoxe Kirchen, darunter die Erlöserkirche, beraubt worden, ohne daß die Behörden auch nur den geringsten Versuch machen, gegen die Täter einzuschreiten.

Nach einem Bericht hat der Smolninski Bezirkssowjet die Smolninski-Kathedrale in Leningrad geschlossen und in der Kirche eine Druckerei, ferner Lagerräume und Werkstätten eingerichtet. Die Frage der Uebergabe der Kasaner Kathedrale in Leningrad an die Akademie der Wissenschaften wurde endgültig gelöst. In dieser Kirche wird ein antireligiöses Museum eröffnet. Die antireligiöse Sektion der Leningrader Abteilung der kommunistischen Akademie wird einen Plan ausarbeiten, und die Ausstellungsobjekte werden aus den Fonds der Akademie für Wissenschaften, des Volkskommissariats für Bildungswesen und der politischen Aufklärungskommission zur Verfügung gestellt werden. Das neue antireligiöse Museum wird am 15. Jahrestag der Oktoberrevolution eröffnet. Ferner soll der kommunistische Arbeiterklub „Banner der Arbeit" in der eben erst geschlossenen Heiligen Kreuz-Kirche in Leningrad untergebracht werden.

Paul von Hindenburg.

Die deutschamerikanische Presse scheint, nach den uns bekannt gewordenen redaktionellen Aeußerungen zu schließen, ziemlich einmütig die Wiederwahl Paul von Hindenburgs zum deutschen Reichspräsidenten zu begrüßen. Der Name Hindenburg hat von seinem hellen Klang und seiner Zauberkraft nichts eingebüßt. Sein Name erstrahlt am Firmament der Menschheit inmitten der Nacht einer Weltdepression wie ein einsamer Stern prachtvoller denn je. Ja, es gibt in dieser von Wirren aller Art zerrissenen Welt der Gegenwart kaum einen zweiten Mann, zu dem Menschen und Völker mit mehr Verehrung und herzlicherem Vertrauen emporblicken wie zu der greisen, aber doch noch mannhaft aufrechten Gestalt des Siegers von Tannenberg. Sein Kriegsruhm ließ einst die Feinde erzittern und vor Neid erblassen. Sein schlichtes, jeder leeren Phrase abholdes und würdevolles Wesen, seine Aufopferung und Pflichttreue im Frieden bis zum letzten Augenblick, seine warme vaterländische Gesinnung, die ebenso wie die Hitlers oder Brüntings nichts anderes will als die endgültige Befreiung des deutschen Volkes aus unwürdigen Fesseln, zwingen zur Achtung und Bewunderung. Hat da nicht jeder, der deutschen Stammes und deutscher Zunge ist, Grund zu Stolz und Freude? Ein Sohn unseres Volkes ist es, der wie ein Fels die stürmischen Wogen überragt, der wie ein Leuchtturm den Glauben an die endgültige Rettung durch deutsche Mannestugenden und christlichen Heldengeist aus der Seenot der Weltdepression anfacht und belebt. Möge er dem deutschen Volke und der Welt noch lange erhalten bleiben!

Das Entweder — Oder.

Entweder läßt man dem französischen Weltherrschaftsaberglauben freien Lauf und Deutschland und Europa vernichten oder man schließt sich endlich gegen Paris zusammen, schlägt dem Brandstifter Tardieu die Fackel aus der Hand und rottet mit ihm das Geschlecht sämtlicher undgrey Väter der Versailler Mißgeburt aus. Einen anderen Weg zum Weltfrieden gibt es nicht!

F. L. Henrici.

Tscheche ermordet berühmten Oesterreicher

Weltbekannter Wiener Ohrenspezialist von drei tödlichen Schüssen getroffen.

Wien. — Professor Gustav Alexander, der bekannte Wiener Chirurg und Spezialist der Ohrenheilkunde, wurde hier auf der Straße von einem Wahnsinnigen erschossen, welcher ihm bereits vor 22 Jahren nach dem Leben getrachtet hat.

Der Attentäter ist ein Tscheche namens Soukup, welcher an Verfolgungswahnsinn leidet und schon einmal einen anderen Arzt umzubringen versucht hatte.

Von der Polizei erfuhr man, daß Soukup nach seinem ersten Anschlag auf das Leben des Professors Alexander behauptet hatte, man habe an ihm herumexperimentiert und eine erfolglose Operation vollführt. Er wurde damals in einer Irrenanstalt untergebracht, in welcher er zwölf Jahre lang eingesperrt war, aber dann vor zehn Jahren nach dem böhmischen Heimatsdorf als geheilt entlassen wurde. Nach Wien ist er, wie er der Polizei mitteilte, von dort erst im vergangenen Monat zurückgekehrt.

Er gab auf den Professor drei tödliche Schüsse ab, als er ihn auf der Straße traf. Auch vor 22 Jahren hatte er den Professor aus nächster Nähe aufs Korn genommen, aber ihn in seiner wahnwitzigen Erregung nicht getroffen, so daß damals Professor Alexander aus seiner abenteuerlichen Begegnung mit dem irrsinnigen Patienten unverletzt davon kam.

Der Lebenslauf des berühmten Arztes.

Professor Dr. Gustav Alexander war 1873 in Wien geboren, also 59 Jahre alt, und hinterläßt eine Witwe — die Doktorin der Philisophie Gisa Alexander, mit welcher er seit dem Jahre 1903 verheiratet war —, sowie drei Söhne und eine Tochter. Er hatte eine glänzende medizinische Laufbahn hinter sich. Schon als Student war er ein Schüler des berühmten Zuckerkandl, und nach bestandenem medizinischen Staatsexamen Assistent und Professor an der Wiener chirurgischen Klinik und widmete sich unter dem Hofrat Professor Adam Politzer, dessen Biographie er später geschrieben hat und dessen Assistent er wurde, dem klinischen Studium der Ohrenheilkunde. 1909 wurde er Universitätsprofessor.

Professor Alexander hat die chirurgische, anatomische und seine Spezialfachliteratur um einige Dutzend Fachbücher bereichert und sich außerberuflich für Zeichenunterricht und Sport interessiert. Ferner war er ein eifriger und bekannter Sammler von Gemälden, geschliffenen Steinen, Bronzen, antiken Silberarbeiten und dergleichen mehr.

Wie Preußens Ministerpräsident gewählt wird.

Berlin. — Mit 228 gegen 3 Landtag seine Hausordnung dahin ab, daß fortan eine absolute Mehrheit für die Wahl des Staatspräsidenten nötig ist, statt wie bisher eine einfache Mehrheit. Der Staatspräsident, der von dem Landtag gewählt wird, ernennt sein Kabinett.

Die Regierungsparteien beschlossen diese Maßnahme, um zu verhindern, daß ein Nationalist an die Spitze kommt, sollten die Regierungsparteien in der Landtagswahl am 24. April Verluste erleiden und die Nationalsozialisten die numerisch stärkste Partei werden. Bislang wurde der Präsident aus der Reihe der stärksten Partei genommen. Die Oppositionsparteien enthielten sich der Abstimmung.